

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamez

19. Mai 1949

Blatt 537

Lebensmittelaufruf erst in den Sonntagzeitungen =====

Wegen der diesmal durchzuführenden Lagerbestandsaufnahme kommt der Lebensmittelaufruf für die nächsten vierzehn Tage erst Samstag nachmittag in das Korrespondenzbüro.

Wieder 328 neue Wohnungen =====

In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Bauangelegenheiten referierte Stadtrat Novy wieder über die Vorlage von neuen Projekten für insgesamt 328 Wohnungen. Es handelt sich dabei um Bauvorhaben in 21. Bezirk, Jedleseer Straße, und im 25. Bezirk, Liesing, Schöffelgasse 26.

Ferner wurden 16,5 Millionen Schilling für die Ausführung des zweiten Teiles des Wohnhausbaues im 2. Bezirk, Wehlistraße, mit 238 Wohnungen genehmigt.

Umfangreiche Straßeninstandsetzungen =====

Den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Bauangelegenheiten lag bei der heutigen Sitzung wieder eine umfangreiche Tagesordnung mit über hundert Geschäftsstücken vor. Die Bausaison ist bereits im Gange, und somit beschäftigt sich der Gemeinderatsausschuß vor allem mit der Vergebung der verschiedensten Bauarbeiten. Besonders groß war diesmal die Zahl der bewilligten Straßeninstandsetzungen. Es handelt sich dabei um folgende Straßen oder Gehsteige:

1. Bezirk: Eschenbachgasse, Kohlmessergasse-Salzgries und Renngasse; 3. Bezirk: Drorygasse, Obere Bahngasse und Donaulände; 17. Bezirk: Mayssengasse; 19. Bezirk: Krottenbach-

straße; und 25. Bezirk: Anton Baumgartner-Straße und Steinhofstraße sowie Draschestraße.

Für diese Arbeiten wurde ein Betrag von insgesamt 840.000 Schilling genehmigt. Ausserdem wurde der Ankauf von 60.400 Kubikmeter Strassenschottermaterial um 1,800.000 Schilling bewilligt.

Schweineschlachthaus in St. Marx wird aufgebaut

=====

Die Kriegsschäden in St. Marx waren bekanntlich sehr gross. Zwar wurden schon umfangreiche Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, sodass die geringen nach Wien gelieferten Fleischmengen ohne weiters verarbeitet werden können. Es muss aber jetzt schon an die nächste Zukunft gedacht werden, von der man sich doch eine bessere Frischfleischversorgung Wiens und damit mehr Arbeit für St. Marx verspricht.

So wurde in der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Bauangelegenheiten auch die Instandsetzung des Schweineschlachthauses in St. Marx mit einem Kostenaufwand von 809.500 Schilling beschlossen. Mit den Arbeiten wird demnächst begonnen werden.

Ehrenmedaille für unsere Helfer

=====

Der Wiener Gemeinderat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, an mehrere Funktionäre ausländischer Hilfsaktionen, die sich um Wien besonders verdient gemacht haben, die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen. Es handelt sich um folgende Personen und Organisationen:

George Mathues und Arthur Billings (American Friends Service); Opal Hall (American Red Cross); John H. Hynes und Major B.C. Murray (CARE-Mission für Österreich); Lt. Patrick B. Healy und Antony Podbielsky (US Armee); Brabara Murray (COBSRA); Else Gauntlett (British Red Cross); Gerda Moeller (Dänisches Rotes Kreuz); George Mayer-Moro, Simon Grandjean und Joubert (Internationales Rotes Kreuz); The Honourable K.O. Hanrahan Haugh (Irländisches Rotes Kreuz); Scheving Thorsteinsson

(Isländisches Rotes Kreuz); Dr. J. Newman Morris (Australisches Rotes Kreuz); Norman C. Urquhart (Canadisches Rotes Kreuz); Dr. Nikolai Paus (Norwegisches Rotes Kreuz); Dr. P. A. Peal (Südafrikanisches Rotes Kreuz); Bertram D. Smucker (Mennoniten); die Damen Lewinson, Karlsson, Hedberg und die Herren Dr. Thorsten Arneus, Nils Thaleen, Major Stig Facht, Hans Arnoldsson, Lt. Nikodemi (Schwedisches Kinderhilfswerk); Harro E. Daeniker und Mercedes Ludi (Schweizer Rotes Kreuz); Rodolfo Olgiati, Dr. Max Zehnder, Dr. Max Moser, Hans Stuber, Luise Rüd und Arnold (Schweizer Hilfswerk); Dr. Regina Kägi-Fuchsmann, Stadtpräsident Dr. Lüchinger und Robert Riesler (Schweizer Arbeiterhilfswerk); Mala Granat (Quäkerhilfe); Mons. Arene (UNICEF); Marguerita Pohék (UNRRA).

Ohne Zusammenhang mit den Hilfsaktionen beschloß der Gemeinderat auch die Verleihung der Ehrenmedaille an den ehemaligen Vorsteher des 9. Bezirkes, Josef Schober, anlässlich seines 75. Geburtstages, sowie an den Komponisten Albert Hacke, anlässlich seines 80. Geburtstages.

Entfallende Sprechstunde

=====

Am Mittwoch, den 25. Mai, entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde des Amtsführenden Stadtrates Dr. Exel.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

Heute vormittag um 11 Uhr trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner zu einer Sitzung zusammen.

Im Einlauf befanden sich mehrere Anträge, die sämtlich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wurden. Es wurden eingebracht:

von der ÖVP ein Antrag betreffend den Ausbau des Leopoldauer Bammelkanals; von der KPÖ ein Antrag betreffend die Einbeziehung des 25. Bezirkes in das Wiener Verkehrsnetz und den Ausbau der Verkehrslinien in diesem Bezirk; ein Antrag über die derzeitige Ausführung des "Amtsblatt der Stadt Wien"; ein Antrag betreffend die beschleunigte Errichtung des städtischen Bades im 25. Bezirk und ein Antrag über die Errichtung einer Unfallstation im gleichen Bezirk.

Ferner wurde von der KPÖ eine Anfrage betreffend die rechtzeitige Beantwortung von Anfragen im Sinne der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat gestellt. Von der ÖVP lag eine Anfrage über den Ausbau des Freudenaauer Winterhafens vor. Die beiden Anfragen wurden gleichfalls der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Über den Entwurf und die Kosten eines Genossenschaftshauses in der Siedlung Neustraßäcker im 22. Bezirk referierte Stadtrat Novy. (SPÖ) Er erwähnte eingangs, daß die Stadt Wien bei dem Bau von Siedlungen am Rande der Stadt nicht nur für die dort wohnenden Menschen Schulen, Geschäfte, Mutterberatungsstellen usw. errichten müsse, sondern auch für das kulturelle Bedürfnis der Bewohner dieser Siedlungen Vorsorge zu treffen habe. Aus diesem Grund will auch die Stadt Wien in der Siedlung Neustraßäcker ein Genossenschaftshaus errichten. Die Stadt Wien wird übrigens auch in Hirschstetten und in der Hansson-Siedlung solche Genossenschaftshäuser bauen müssen.

Der Referent stellte daher den Antrag, die Errichtung eines Genossenschaftshauses in der genannten Siedlung mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Bauer (ÖVP) nahm gegen die Durchführung dieses Planes Stellung, da mit einem Betrag von zwei Millionen Schilling 30 Wohnungen gebaut werden könnten. Es sei zu bedenken, daß nicht einmal zur Instandsetzung der Schulen die nötigen Mittel aufgebracht werden konnten. Gegen den Bau wäre in normalen Zeiten nichts einzuwenden; in der heutigen Notzeit müsse er jedoch abgelehnt werden.

GR. Dr. Altmann (KPÖ) bezeichnete es zu den Grundsätzen des Siedlungsbaues gehörend, den primitivsten Bedürfnissen der Bewohner nach Unterhaltung und Kultur entgegenzukommen. Dazu gehöre auch der Bau von Versammlungsräumen. Allerdings könne man über die Ausgestaltung verschiedener Meinung sein. Er forderte nicht nur für das Siedlungsgebiet des 22. Bezirkes, sondern überhaupt für den gesamten Stadtrand den Bau von Genossenschaftshäusern.

Für die SPÖ sprach GR. Lötsch. Er betonte, daß der vorliegende Antrag grundsätzliche Bedeutung habe. Entweder man stellt den Siedlungsbau ein oder man führt ihn weiter und sorgt dafür, daß die Bewohner der Siedlungen alles das haben, was sie zum Leben brauchen. Wenn es nach der ÖVP ginge, wären tausende Menschen von jedem kulturellen Leben ausgeschlossen. (GR. Bauer: Das ist nicht wahr, nur zahlen soll es jemand anderer!)

Wir begrüßen, fuhr der Redner fort, dieses Genossenschaftshaus und wir glauben, daß es nicht bei diesem einen Genossenschaftshaus bleiben wird, sondern daß wir noch mehr bauen werden. (Stürmischer Beifall bei der SPÖ.) Ich bin auch überzeugt, daß die Siedler für den Bau eines Genossenschaftshauses/äußerst dankbar sein werden. (Beifall bei der SPÖ).

Bei dem Schlußwort von Stadtrat Novy kam es unter lebhaften Zwischenrufen aus den Reihen der ÖVP und SPÖ zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien des Gemeinderates, die im Zeichen der kommenden Wahlen stand. Wiederholt vom Beifall seiner Fraktionskollegen unterbrochen, führte Stadtrat Novy unter anderem aus, daß es solche grundsätzliche Debatten über den Bau von Häusern im Gemeinderat auch früher gegeben hat. Damals hat man gegen den Bau von Wohnungen gewettert. (Vizebürgermeister Weinberger: Die alte Walze!) Wir haben aber gesehen, fuhr Stadtrat Novy fort, daß sich

inzwischen eine erfreuliche Entwicklung vollzogen hat, und sämtliche Parteien des Wiener Gemeinderates für den Bau von Wohnungen sind. Wir haben das mit großer Genugtuung begrüßt. Es besteht daher die große Hoffnung, daß sich auch die Einstellung hinsichtlich der Befriedigung der notwendigen kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung in der nächsten Zeit ändern wird. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten ohne die Stimmen der ÖVP angenommen.

Stadtrat Dr. Exel berichtete über die bevorstehenden Tarifierhöhungen bei den Stadtwerken. Bei den Gaswerken haben die Frachterhöhung und die hohen Kohlenpreise im Jahre 1948 einen Verlust von 45 Millionen Schilling verursacht. Die E-Werke hatten in der gleichen Zeit einen Abgang von 60 Millionen Schilling. Bei den Verkehrsbetrieben sei auf Grund der Kriegsschäden und allen anderen Schwierigkeiten der Verlust von Anfang 1948 bis heute auf 162 Millionen Schilling angestiegen. Von 1.000 betriebsfähigen Wagen seien vor drei Jahren nur 300 einsatzfähig gewesen. Jeder neue Wagen kostet 300.000 Schilling. Bei den Städtischen Unternehmungen hat eines für das andere einzustehen. Wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts unternommen werden würde, müßte jede Investitionsmöglichkeit zwangsläufig aufhören. Es sei zu hoffen, daß in den nächsten Jahren die Gas- und Elektrizitätswerke die Verluste nach und nach aufholen können. Bei den Verkehrsbetrieben sind Darlehen nötig, doch könne man im Vertrauen auf die gute Arbeitsleistung der Arbeiter und Angestellten dieses Betriebes auch hier im Laufe der Zeit mit einem Ausgleich der Abgänge rechnen. In diesem Zusammenhang wies Stadtrat Dr. Exel auf den Plan zur Errichtung eines Werkes zur Erzeugung von synthetischen Gerbstoffen in Leopoldau hin. Dieses neue Werk werde zur Behebung der Verluste wesentlich beitragen. Die neuen Preise für Gas und Strom treten am 6. Juni in Kraft. Die neuen Grundgebühren für Gas und Strom gelten ab 1.6.1949. Bei den Verkehrsbetrieben treten die neuen Preise im allgemeinen ab 6. Juni, für Wochenkarten ab 5. Juni, und für Zeitkarten ab 2. Juni in Kraft. Ein Tagesfahrchein kostet somit 80 g, ein Sonn- und Feiertags-Rückfahrchein 1.50 Schilling. Der Preis für eine Wochenkarte erhöht sich von 3 Schilling auf 4.50 Schilling, der für eine Monatsnetzkarte von 56 auf 80 Schilling.

Als erster Redner zu dem Thema Tariferhöhungen meldete sich Gr. Lauscher (KPÖ). Er erklärte, daß die Erhöhungen der städtischen Tarife nur einen kleinen Bruchteil der von den beiden Regierungsparteien beschlossenen Preiserhöhungen und Steuern darstelle und daß sie zu weiteren Senkungen des Realeinkommens der arbeitenden Bevölkerung beitragen werden. Niemand im Gemeinderat wird den Arbeitern klarmachen können, daß die Lohnerhöhungen gegenüber den neuen Lasten einen Ausgleich bilden könnten. Der Stadt Wien selbst werden auf Grund des Lohn- und Preispaktes finanzielle Schwierigkeiten entstehen. Das Notopfer, das für die Sanierungsaktion den Gemeinden auferlegt wurde, bedeutet für die Stadt Wien einen Abgang von 95 Millionen Schilling. Dieser Raubzug auf die Taschen der Arbeiter und Rentner wird dadurch entschuldigt, daß er für eine Entschuldung des Staates notwendig ist. Hinter ihm sehen wir aber bereits das Gespenst der Inflation. Diejenigen, die nun vom Staatsbankrott faseln, haben noch vor kurzem von einem österreichischen Wunder gesprochen.

Die Ausführungen des GR. Lauscher führten zu lebhaften und anhaltenden Zwischenrufen aus den Bänken der SPÖ und ÖVP. Der Kommunistische Gemeinderat erklärte, daß seine Fraktion gegen die Tariferhöhungen stimmen werde, weil sie den Interessen der Gemeinde Wien und dem demokratischen (Zwischenrufe: Volksdemokratischen!) Prinzip widersprechen.

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) brachte gleichfalls in einer langen Rede den Standpunkt der KPÖ zu den in Verhandlung stehenden Fragen zum Ausdruck. Er bezweifelte vor allem die Seriösität der Berechnungen, über die hier gesprochen wurde.

Der Redner wandte sich scharf gegen das dem Bund gebrachte Notopfer der Gemeinden, durch das die Gemeinde Wien eine Einbuße von 95 Millionen Schilling erleidet. Er betonte, daß dies jedoch nicht alles sei, sondern man außerdem der Bevölkerung verschwiegen habe, daß die Warenumsatzsteuer nicht mehr den alten Schlüssel aufweist, wodurch der Stadt Wien ein neuerlicher Verlust von 30 Millionen Schilling erwächst. Und nun versucht man der Wiener Bevölkerung einzureden, daß die vom Referenten angeführte neuerliche Last von 210 Millionen Schilling etwas unumgänglich Notwendiges ist. GR. Dr. Soswinski bezeichnete dies als einen Versuch, den Bankrott der Regierungspolitik nunmehr auch in die Gemeindeverwaltung hineinzutragen.

Der Redner ging dann auf einzelne Details der Vorlagen ein und stellte abschließend fest, daß die städtischen Unternehmungen nun auch einen Teil dessen aufbringen müssen, was man dem Bund geschenkt hat.

GR. Dr. Soswinski beschäftigte sich auch mit der Steuermoral der USIA-Betriebe und brachte in diesem Zusammenhang Beispiele von der Steuermoral der privaten Wirtschaft. So beträgt u.a. bei der Lohnsteuer die Unmoral 69 Prozent, bei der Getränkesteuer gar 84 Prozent und bei der Gefrorenessteuer 82 Prozent.

Alles, was hier vorgelegt wurde, schloß der Redner, ist die Auswirkung einer Politik, die woanders beschlossen wurde; eine Politik, die über Auftrag des in- und ausländischen Kapitals durchgeführt werden muß. Wir sind dagegen, daß Gemeindegelder verschleudert und dem Bund gegeben werden und darum sind wir gegen die hier eingebrachten Vorschläge.

Vizebürgermeister Weinberger wies darauf hin, daß sich kein Politiker in einer Volksdemokratie eine ähnliche Sprache erlauben könne wie die Kommunisten in Österreich.

Die Tariferhöhungen seien zur Festigung unserer Währung und Garantie der Vollbeschäftigung unvermeidlich. Doch bestehe die Hoffnung, daß man in absehbarer Zeit die Lasten mildern könne. Man müsse alle Möglichkeiten zur Vergrößerung der Einnahmen ausschöpfen und überall, wo es möglich ist, Einsparungen vornehmen.

Auf die Besatzungssteuer eingehend, wies der Redner darauf hin, daß diese tatsächlich eine Wehrmachtssteuer darstelle, allerdings für eine fremde Wehrmacht. Die Kommunisten hätten längst Gelegenheit gehabt dahin zu wirken, daß auch die zweite große Besatzungsmacht die Kosten der Besetzung aus eigener Tasche bezahlt. Sie hätten ferner bei ihren Protoktoren eine vernünftige Haltung in der Frage der Grenze Kärntens und des deutschen Eigentums erwirken können, dann wäre der Staatsvertrag in 14 Tagen fertig.

Die österreichischen Grenzen seien ungesichert und dadurch könnte Tabak in großen Ausmaß eingeschmuggelt werden.

Dies sei der letzte Grund für den Rückgang der Einnahmen der Tabakregie. Der Redner appellierte an die Wiener Bevölkerung, diese Schmuggelgeschäfte in keiner Weise zu unterstützen.

Das neue Lohn-Preis-Abkommen sichere für die Stadt die Auszahlung des 13. Monatsgehaltes und ermögliche die Einführung einer Altersrente für die Arbeiterschaft. Immerhin wären die Lasten des neuen Abkommens erträglicher als die sogenannten Notopfer nach dem Muster der östlichen Diktaturen. Das österreichische Volk habe längst erkannt, daß alle Gesetze gegen die die Kommunisten stimmen und agitieren, in Wahrheit zum Wohle des Volkes sind. (Der Vizebürgermeister wandte sich mit den Worten an die Kommunisten: "Sie müssen es verstehen, daß wir nicht neugierig sind auf eine Volksdemokratie wie etwa in Ungarn; dafür ist in Österreich und besonders in Wien Endstation!")

Die Haltung der Kommunisten in der Wahlfrage und Stimmzählung zeige deutlich die wahre Stärke dieser Partei. Die Österreichische Volkspartei werde für den Tarif stimmen in der Überzeugung, daß damit für das ganze Volk und den Staat Nutzen entsteht und die Sicherung der Währung und die Vollbeschäftigung garantiert wird. Es ist entscheidend, daß der Geldschein, den der Arbeiter und Angestellte für seine Arbeit erhält, auch etwas wert ist.

Im Namen der Sozialistischen Partei ergriff GR. Marek das Wort. Er erinnerte an das Jahr 1945, in dem die Wiener zum Wegräumen der Trümmerhaufen und zum Wiederaufbau angetreten sind. Die jetzige Generation mußte dies bereits zum zweiten Mal in ihrem Leben tun. Wir wissen alle, daß die Schuld an diesem Krieg und dem ganzen Elend nur Hitler und die Faschisten haben. Zu GR. Lauscher gewendet, bemerkte dann der Redner, daß den Gemeindevertretern Worte gegen die Russen in den Mund gelegt wurden, die keiner von ihnen ausgesprochen hat. Allen sei bekannt, daß die Rote Armee für die Befreiung Österreichs große Opfer gebracht hat, man wisse aber auch, daß wir trotzdem nach vier Jahren noch nicht frei sind.

GR. Marek erwähnte dann die wirtschaftlichen Maßnahmen im Jahre 1947 und gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß dieser Wendepunkt der österreichischen Wirtschaft gute Erfolge gebracht hat. Heute stehen wir wieder vor einem wirtschaftlichen Werk und wir wollen uns dabei auf die politische Klugheit der arbeitenden Bevölkerung stützen und sie nochmals ersuchen, auf dem Weg des Aufbaues zu bleiben. Was von den Kommunisten über das neue Lohn- und Preisabkommen behauptet wird, ist reine Demagogie.

GR. Marek konstatierte dann unter heiteren Beifallskundgebungen, daß nach der Protestkundgebung der "170.000 Wiener Kommunisten" ein merkbarer Katzenjammer eingetreten ist. Es ist nicht unbekannt, wie in den USIA-Betrieben die Arbeiter unter Druck stehen. Man kenne die Methode der Untersuchungen und Kontrollen denen die 40.000 dort beschäftigten Arbeiter ausgesetzt sind. Am 17. Mai haben sich 16.000 dieser armen Teufel von den Kommunisten überreden lassen und sind auf den Rathausplatz marschiert.

Als GR. Marek gegen die Ausführungen Dr. Soswinskis über die Steuermoral polemisierte und an die kommunistische Fraktion die Frage stellte, ob sie es für gut heiße, daß österreichisches Öl im Werte von 400 Millionen Schilling ins Ausland ausgeführt wird, daß die österreichischen Arbeiter in den USIA-Betrieben einer unwürdigen Behandlung ausgesetzt werden, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der kommunistischen Fraktion und mehreren sozialistischen Gemeinderäten.

GR. Marek bezeichnete es als eine ungeheuerliche Behauptung, daß die 600 Millionen Schilling für die Besatzungskosten eine versteckte Steuer für die Ausrüstung einer österreichischen Wehrmacht sein sollen. Man kann den österreichischen Sozialisten niemals nachsagen, daß sie imperialistischen Zielen frönen. Der Redner betont jedoch, daß es richtig ist, daß die Sozialisten am Tag der Wiedergeburt der zweiten Republik auch die Aufstellung einer Wehrmacht in ihr Programm aufgenommen haben. Er zitierte in diesem Zusammenhang das Staatsgesetzblatt Nr. 1 aus dem Jahre 1945, in dem diese Forderung aufgestellt wird und stellt fest, daß dieses Gesetzblatt unter anderem auch die Unterschriften Koplenig, Honner und Fischer trägt.

Der Redner wandte sich dann gegen das Treiben der exterritorialen Betriebe, die durch die illegalen Einfuhren von Luxusartikeln ein falsches Bild der österreichischen Wirtschaft zeigen. Diese Betriebe sind auch schuld an einer Desorganisierung des internationalen Warenaustausches.

GR. Marek beschäftigte sich weiter mit den Anschuldigungen der Kommunisten, daß die Regierung den Staatsvertrag mit allen Mitteln zu verhindern suche, und wies diesen Vorwurf auf das schärfste zurück. Die Tragik liegt darin, daß wir noch 4 Jahre nach Beendigung des Krieges kein souveränes Volk sind. Das alles müßte uns aber aufrütteln und zu einer einheitlichen Manifestation unseres Freiheitswillens führen. Bei den Reden der Kommunisten wird jedoch wohlweislich alles Positive unterschlagen.

Es ist klar, fuhr der Redner fort, daß die Gemeinde Wien das selbstkostendeckende Prinzip einhalten muß. Es ist ein Beweis der Richtigkeit der von uns vertretenen Wirtschaftspolitik und der sparsamen Finanzpolitik. Zur Rettung unserer Wirtschaft sei gesteigerte Arbeitsleistung und Produktion nötig. Nur dadurch kann die Arbeitslosigkeit verhindert werden. Die Sozialisten stimmen dem neuen Lohn-Preis-Abkommen zu, da sie in ihm einen Schutz gegen Inflation und eine Garantie für die Vollbeschäftigung sehen.

Der Redner wies die Ansicht der ÖVP zurück, daß die SPÖ eine morsche Partei sei. Der 1. Mai habe ihre ausgezeichnete Gesundheit dokumentiert. (Beifall bei den Sozialisten.) Nur sie sei es, die den ganzen Ansturm der kommunistischen Demagogie standhalten und den Mißbrauch der Arbeiterschaft verhindern könne. Es wird auch für Österreich der Tag kommen, an dem die Menschen in Freiheit und Frieden, frei von Furcht und in Menschlichkeit leben können. Um diesem Ziel näher zu kommen, stimme seine Fraktion den vorliegenden Anträgen zu. (Beifall bei den Sozialisten).

GR. Dr. Altmann forderte, daß die Lasten, die durch Krieg und Faschismus verursacht wurden, von denen getragen werden, die bisher nur die Profite eingesteckt haben. Das gegenwärtige Lohn-Preis-Abkommen bringe für die breiten Massen des Volkes nur Nachteile. Die Vorteile liegen auch diesmal wieder fast ausschließlich bei den Wohlhabenden. Es handelt sich hierbei um eine typisch kapitalistische Sanierung, wie sie schon einmal in der ersten Republik durchgeführt wurde, nur mit dem Unterschied, daß damals die Sozialisten diesen Betreibungen ihr entschiedenes Nein entgegensetzten. Die Sozialisten von heute sind stolz auf ihre Zustimmung. Die Kommunisten aber haben auch heute noch ihr striktes Nein und die Zukunft wird beweisen, daß auch der Großteil des Volkes in dieser Frage mit ihnen einer Meinung ist.

Stadtrat Dr. Exel befaßte sich in seinem Schlußwort mit einigen Argumenten der drei Hauptredner. Man braucht nicht bezweifeln, sagte der Redner, daß man so manches anders, vielleicht auch besser machen könnte. Es fehlen aber hiezu die geeigneten Vorschläge. Auf die Ausführungen GR. Dr. Altmanns eingehend, bemerkte er, daß wir eben deshalb, weil wir keine Bankrotteure sein wollen, zu diesen Maßnahmen greifen. Das Notopfer, zu dem sich die österreichischen Gemeinden entschlossen haben, kann als ein weiteres österreichisches Wunder bezeichnet werden. Ein Wunder, das aber die Kommunisten nicht begreifen können, weil sie nicht österreichisch empfinden, denken und handeln. Tarifierhöhungen waren an sich selbst niemals eine populäre Sache. In den städtischen Betrieben findet man aber auch positive Punkte; Möglichkeiten, die uns einmal in die Lage versetzen werden, diese Tarife auch wieder herabzusetzen. Die Männer, die für den Aufbau der städtischen Betriebe verantwortlich sind, können sich nicht der Ideologie jener bedienen, die auf ihre Fahnen die Verneinung geschrieben haben. Die Diskussionen haben uns abermals belehrt, daß wir bei den Debatten mit unseren Gegnern mit der Logik nicht auskommen können. Was an wirklich sachlichen Argumenten gesagt werden konnte, wurde vorgebracht.

Der Antrag wurde dann ohne die Stimmen der Kommunisten angenommen. Bürgermeister Dr.h.c. Körner schloß um 14.50 Uhr die Sitzung.